

Haushaltsrede der Oberbürgermeisterin**Doppelhaushalt 2020/2021**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

erstmals seit Einführung der Doppik 2013 legt die Verwaltung wieder einen **Doppelhaushalt** für die Jahre 2020/2021 vor. Übergeordnete Leitsätze die Gemeinderat und Stadtverwaltung im Zuge der **strategischen Planung** für alle Handlungsfelder entwickelt haben sind Grundlage für die im Entwurf enthaltenen Planansätze.

Dazu gehört u.a. das Schaffen von **ausreichendem Wohnraum** für Menschen mit unterschiedlichsten wirtschaftlichen Möglichkeiten, die Umsetzung der **Digitalisierung** an den Schulen, **Betreuungsplätze** für Kinder bis Ende der Grundschulzeit, bedarfsgerechte **Gewerbe- und Industrieflächen**, die Wahrnehmung der Stadt als **Einkaufserlebniszentrum**, ein **umwelt- und menschenverträglich organisierter Verkehr**, der Einsatz für den **Klimaschutz**, **wohornahe Teilhabemöglichkeiten** für bürgerschaftlich Engagierte, die Unterstützung **nachbarschaftlicher und quartiersbezogener Strukturen**, bedarfsgerechte **Sportstätten**, effektive und effiziente Verwaltungsstrukturen, attraktive **Galerien und Museen** und gute Rahmenbedingungen für verschiedenste Veranstaltungen. Mit unserer strategischen Planung und der Implementierung des jährlich wiederkehrenden Steuerungskreislaufes haben wir den richtigen Weg eingeschlagen. Mit einem noch ausbaufähigen Berichtswesen werden wir künftig mögliche Abweichungen frühzeitig erkennen, um, falls erforderlich, gegensteuern zu können. Um steuern zu können, hat der Gemeinderat klar formuliert, abweichende Entwicklungen zeitnahe auch außerhalb der Steuerungsberichte zu erhalten. Aktuell ist „Wohnen“ das höchstpriorisierte Handlungsfeld. Bei der Strategieklausur im März kommenden Jahres werden wir die Priorisierung der Handlungsfelder diskutieren und möglicherweise neu reihen. Auch ohne „Greta-Effekt“ sehe ich eine wichtige

Handlungsmaxime im Bereich Umwelt- und Naturschutz, Klima und der Mobilität ohne Investitionen in die Bildung und das Wohnen zu vernachlässigen.

In unserem Leitsatz ist die klare Aussage enthalten, dass **Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung die Sicherung einer zukunftsfähigen Haushalts- und Finanzwirtschaft** ist. Zukunftsfähigkeit setzt voraus, dass die notwendigen Bedürfnisse der Stadtgesellschaft erkannt und gedeckt werden. Unter **Nachhaltigkeit verstehe ich die Enkeltauglichkeit** in allen Bereichen unter Betrachtung der Ökonomie, Ökologie und dem Sozialen. Zielkonflikte sind in der Umsetzung allerdings vorgegeben.

Der Haushaltserlass liegt noch nicht vor. Der Entwurf basiert daher auf den Orientierungsdaten aus dem Frühjahr. Zuweisungen auf der Ertragsseite und zu zahlende Umlagen auf der Aufwandsseite können das Pendel in die eine oder andere Richtung ausschlagen lassen.

Ein erster Einschlag folgte vergangene Woche mit der Bekanntgabe der Kreisumlage. Im Entwurf steigt sie von 30,2 auf 32 Punkte in 2020 und 2021 von 30,7 auf 33,1 Punkte. Insgesamt eine Mehrbelastung von 6,4 Mio. Euro im Finanzzeitraum. Da die Kreisumlage ebenfalls ohne Orientierungsdaten veranschlagt wurde, liegt kein umfassendes Bild vor. Der Landkreis macht es sich in Kenntnis der Aufgabenfülle und der Aufgabenmehrung in den Kommunen zu einfach.

Die wirtschaftliche Situation ist angesichts globaler Handelskonflikte, dem Drohen eines ungeregelten Brexits und besorgniserregender Krisen im Nahen Osten schwer zu deuten. Auch bei Kirchheimer Unternehmen der Automobilzulieferung ist es bereits zu Entlassungen gekommen. Andere sind von Entscheidungen ihrer Eigner außerhalb Europas abhängig, denen die Standortfrage völlig unwichtig ist. Andererseits haben wir Firmen vor Ort, die sehr selbstbewusst und zuversichtlich in die Zukunft schauen.

Vierter Punkt sind die ständig wachsenden kommunalen Aufgaben. Sei dies im Wohnungsbau, beim Ausbau des Breitbandnetzes, den Maßnahmen der Wirtschaftsförderung, der Digitalisierung, immer größer werdender Aufgaben beim Klimaschutz, erhöhten Anforderungen bei der Kinderbetreuung und an Schulen, steigender Kosten in der Unterhaltung der Gebäude und der Straßen, ständig steigende Sach- und Dienstleistungen und nicht zuletzt steigende Personalkosten, geprägt von Tarifabschlüssen und Stellenmehrungen. Allein die Tarifabschlüsse erhöhen die Personalkosten um über 1 Mio. Euro.

Zentrale Grundlage aller Entscheidungen ist das Ihnen aus dem Finanzzwischenbericht bekannte Schaubild von Betriebsergebnis und Steuerkraft. Die Entwicklung der Steuerkraft zeigt die steuerkraftabhängige, bereinigte Erträge zur Erfüllung der städtischen Aufgaben. Das sind die Gewerbe- und Grundsteuer, Anteile an der Einkommens- und Umsatzsteuer und Schlüsselzuweisungen aus dem FAG. Hiervon sind von der Steuerkraft abhängige Umlagen wie die FAG-Umlage und die Kreisumlage abzuziehen. Aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung haben sich diese Erträge in den vergangenen Jahren sehr positiv entwickelt. Allerdings sind sie absolut konjunkturabhängig. Diesem Block steht die Entwicklung der Betriebsergebnisse gegenüber. Wichtige laufende Aufwendungen sind die Personalkosten und die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Aufgrund stetig wachsender Aufgaben und Anforderungen entwickelt sich das Betriebsergebnis nach unten. Wir waren in den vergangenen Jahren in der komfortablen Situation, dass die steigenden Aufwendungen durch Mehrerträge ausgeglichen werden konnten. Sinken die Steuereinnahmen sind ständig steigende Betriebsaufwendungen nicht mehr finanzierbar. Hier gilt es sowohl auf die Einnahmenseite, aber in einem weit größeren Umfang auf der Ausgabenseite entgegen zu steuern. Die „nice to have Zeit“ ist vorbei!

Ergebnishaushalt

Ich lege Ihnen einen genehmigungsfähigen Doppelhaushalt vor, der das Ziel eines ausgeglichen Haushaltes in 2020 trotz intensiver Beratungen und Budgetvorgaben

nicht erreicht. Im ordentlichen Ergebnis werden - 4 Mio. Euro geplant. Darin noch nicht enthalten ist die heute zu behandelnde Sitzungsvorlage bezüglich der Zuschüsse an die freien Träger mit einem Plus von 500.000 Euro, der Stellenplan mit einer Personalkostenmehrung von 560.000 Euro und das Damoklesschwert einer erhöhten Kreisumlage von 1,1 Mio. in 2020 und 1,7 Mio. in 2021. Das Jahr 2021 wiederum ist mit einem positiven Ergebnis in Höhe von 3,2 Mio. Euro angesetzt. Dies aufgrund der Auflösung einer in diesem Jahr gebildeten FAG-Rückstellung von 9,1 Mio. Euro.

Auf der Ertragsseite wurde die **Gewerbsteuer** mit 28 Mio. Euro und damit einem Plus von 1 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr angesetzt. Dies ist darin begründet, dass die Gewerbesteuerereinnahme 2019 Stand heute bei 34,5 Mio. Euro liegt. Eine Verbesserung zum Finanzzwischenbericht, wo wir von 31,4 Mio. Euro ausgingen. Der Planansatz lag bei 27 Mio. Euro. Zum Ende des Jahres läuft der **Solidarpakt Aufbau Ost** aus. Eine Verlängerung ist innerhalb der Legislaturperiode des Bundestages nicht angedacht. Die Absenkung der Gewerbesteuerumlage wirkt sich mit einer Entlastung von 2,4 Mio. Euro in 2020 und 2021 aus. Aufgrund der Systematik des Finanzausgleichs mit Mehrbelastungen ab 2022. Die **Grundsteuer** ist mit Einnahmen von 7,5 Mio. Euro geplant. Der **Digitalpakt Schule** wurde im August beschlossen. Von den 5 Milliarden Euro Bundesgeldern fließen bis Ende 2022 1,9 Mio. Euro Fördermittel in unsere Stadt. Der kommunale Eigenanteil beläuft sich auf 20 %. Wir haben frühzeitig reagiert und Gelder für die Medienentwicklungsplanung bereitgestellt (500.000 Euro). Dies war ein richtiger und wichtiger Schritt, weil die Stadt dadurch nahtlos Anträge zum Digitalpakt stellen und weiterarbeiten kann. Sowohl Ertrag als auch Aufwand sind im Entwurf enthalten. Das „**Gute-KiTa-Gesetz**“ zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung liegt in der Entwurfsfassung vor. Es bedarf noch der Verträge zwischen Bund und allen Bundesländern. Im Haushaltsplanentwurf sind noch keine Mittel enthalten, da der Umfang der Mittelbereitstellung nicht bekannt ist. Hier ist eine Verbesserung des Ergebnishaushaltes zu erwarten.

Nicht unterschätzt werden darf eine mit Sicherheit stark steigende **Verkehrsumlage** aufgrund der Kosten des Ausbaus und der Qualitätssteigerung der S-Bahn. Mit Umsetzung des 15-Minutentakts, der Anschaffung weiterer S-Bahnzüge und der Einführung des Europäischen Zugsicherungssystems (ETCS). Dies wird kurz- bis mittelfristig Auswirkung auf unseren Ergebnishaushalt haben. Ebenso die politisch richtige Forderung nach der Tangentialverbindung auf die Filder durch die S 1. Sie ist für unsere Raumschaft eine unabdingbare verkehrspolitische Forderung. Sie kostet viel Geld und beinhaltet die finanzielle Beteiligung der Kommunen. Gleichwohl, der Ausbau des ÖPNV ist ein Gebot der Stunde. Gerade im Süd-Osten der Region Stuttgart.

Kopfzerbrechen macht die Unterhaltung der städtischen Gebäude und des Infrastrukturvermögens sowie die Verkehrssicherungspflicht mit ständig steigenden Aufwendungen. Mehr Gebäude bedeutet höhere Betriebs- und Sachaufwendungen. Die Anpassung der Benutzungsgebühren für die Anschluss- und Obdachlosenunterbringung, die Gebühren für den Gutachterausschuss, die Kindertageseinrichtungen und die Friedhofsgebühren oder aber die Ertragssteigerung von 80.000 Euro aufgrund stark gestiegener Baugenehmigungen verringern das Defizit unwesentlich. Die **Hausaufgabe lautet daher den Bogen der Ausgaben nicht weiter zu überspannen bei gleichzeitigem Erhalt der Qualität unseres funktionierenden Gemeinwesens.**

Hierzu gehören im Bereich der Bildung die Bewältigung steigender Geburtenzahlen und des Zuzugs aufgrund von Neubebauung und Migration. Dies bedeutet Veränderungen in den **Kindertageseinrichtungen** und an den **Schulstandorten**, da die Infrastruktur der Kinderbetreuung und des Schulraumes mitwachsen muss. Der Fachkräftemangel in den Kindertageseinrichtungen und an den Schulen ist eine weitere große Herausforderung.

Ebenso wie die **Ganztagsbetreuung bzw. das Mittagsband** an den Schulen. Die Mittagsbetreuung für teilweise um die 120 Kinder an einem Dienstag in der Eduard-Mörke-Schule müssen gestemmt werden. Im Bereich der Kernzeit und ergänzenden

Betreuung handelt es sich um freiwillige Leistungen die von der Stadt erbracht werden. Die Zuschüsse des Landes sind auf dem Stand von 2014 stehengeblieben. Der Zuschussanteil der Stadt wird jährlich größer. Die Ansprüche der Eltern an die Betreuungszeiten und dem Betreuungsumfang in den Schulen sind gestiegen und werden weiterhin steigen. Die Kernzeitbetreuung an den Standorten Schafhof und Teck-Grundschule sind gut besucht und an der Kapazitätsgrenze. Ein Ausbau ist mit Zusatzkosten für Personal und Anmietung zusätzlicher Räume verbunden. Am Standort Schafhof durch Anmietung weiterer kirchlicher Räume. Einen Ausgleich für diese Leistungen durch das Land gibt es derzeit nicht. Aufgrund der steigenden Anmeldezahlen zeigt sich, dass die Einführung der Ganztageschulen richtig und wichtig war. Die Stadt ist dort für das Mittagsband verantwortlich und stellt für die GTS pädagogische Fachkräfte zur Verfügung.

Bei der Kinderbetreuung zeigt sich, dass Kinder früher in den Kindergarten angemeldet werden und die Betreuungszeiten umfangreicher werden. Daher ist es sehr wahrscheinlich, dass wir die zur Verfügung stehenden Plätze weiter ausbauen müssen bzw. das Betreuungsangebot verändern werden. Dies erfordert weitere finanzielle Ressourcen. Vertragsverhandlungen für eine neue Finanzierung in 2020/2021 werden vorbereitet. Die weiteren Entwicklungen können noch nicht abgesehen werden, es ist jedoch davon auszugehen, dass die Ausgaben weiter steigen. Die Kindergartenentwicklungsplanung wird angegangen. Dort wird geprüft, wie sich die städtischen Einrichtungen weiter aufstellen müssen, um den Bedarf und der steigenden Kinderzahl gerecht zu werden. Es werden nicht nur die Einrichtungen, sondern auch die Standorte betrachtet unter Berücksichtigung des Gebäudezustandsberichtes. Ansatz ist, die Kindertageseinrichtungen in den Schulbezirken und den Schulstandorten zuzuordnen, um Rückschlüsse für die künftige Entwicklung der Schulstandorte ziehen zu können. Das Ergebnis wird im Frühjahr 2020 vorgelegt werden.

Für den Standort Teck-Grundschule muss geklärt werden, wie die Weiterentwicklung dieses wichtigen Grundschulstandortes auch im Hinblick auf die Quartiersentwicklung angegangen werden muss und welche Nachnutzung es

dauerhaft für die ausziehende Teck-Realschule gibt. Das MGH Linde wird dort übergangsweise einziehen, das Brückenhaus dauerhaft an seinen Ursprungsort zurückkehren.

In Zusammenarbeit mit IKPS wird derzeit die Fortschreibung der **Sportentwicklungsplanung** durchgeführt. Das gesamte Budget beträgt 65.000 Euro (2019: 40.000 Euro / 2020: 25.000 Euro). Ziel der Sportentwicklungsplanung ist die Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse der Sportvereine sowie eine Untersuchung der Vereinsentwicklung des Individualsports. Insgesamt ist auch die bauliche Situation der Sporthallen, sowie die vorhandene Hallenkapazität für den Schul- und Vereinssport zu untersuchen. Parallel dazu wird der **Gebäudezustandsbericht** für Schulen und Sportstätten durchgeführt. Ein Schelm, der davon ausgeht, dass sich daraus kein weiterer Mittelbedarf ergeben wird.

Im Zuge der digitalen Transformation und der aktuellen Herausforderungen wurde in den vergangenen Jahren seitens der lokalen Wirtschaft und der Stadtverwaltung (u.a. BDS, City-Ring, GO-Verlag) über die Gründung einer „**Smart-City GmbH & Co. KG**“ diskutiert. Rechtlich begleitet wird das Vorhaben von Prof. Dr. Kupfer. Im November wird eine entsprechende Sitzungsvorlage vorgelegt. Ziel ist die Schaffung einer **ganzheitlichen Onlineplattform „Teckschlüssel“** für die Bürgerschaft und die Besucher der Stadt. Mit den Rubriken smartes Parkieren, Rabattsystem, lokales Informationsportal sowie Einbringung der Communitys (Vereine, Institutionen, Organisationen). Ziel ist neben der Attraktivierung der Stadt die Bereitstellung digitaler, kommunaler Infrastruktur. Dabei muss die Datenhoheit bei der Stadt und nicht bei Unternehmen liegen.

Finanzhaushalt

2015 vereinbarten Gemeinderat und Verwaltung eine Obergrenze der Verschuldung im Kernhaushalt, die sog. **Leitplankenregelung**. Im Finanzplanzeitraum darf danach die Verschuldung 16,4 Mio. Euro nicht überschreiten. Die vorzeitige Ablösung von Bestandsdarlehen im Kernhaushalt ist erfolgt. Mit einem Kreditbestand von 400.000

Euro zum Ende dieses Jahres ist der **Kernhaushalt nahezu schuldenfrei**. Aufgrund der Rücklagenbildung müssen in **2020 und 2021 keine Kredite** aufgenommen werden. Da der laufende Zahlungsmittelüberschuss aus dem Ergebnishaushalt über den gesamten Finanzplanzeitraum von 2020 bis 2024 rund 12,8 Mio. Euro erwirtschaftet, können diese zur Finanzierung der Investitionsmaßnahmen herangezogen werden. Trotz investiver Auszahlungen von über 100 Mio. Euro ist bei einem voraussichtlichen Schuldenstand von 16,1, Mio. Euro zum 31.12.2024. Euro die Vorgabe einer maßvollen Neuverschuldung gegeben. 2022 sind 8 Mio. Euro und 2024 9,6 Mio. Euro Kreditneuaufnahmen geplant.

Ein Dorn im Auge ist die Höhe der **Ermächtigungsüberträge**. Bei den Haushaltsberatungen wurden die Baumaßnahmen auf deren zeitliche Umsetzbarkeit unter Berücksichtigung der finanziellen und personellen Ressourcen und des tatsächlichen Mittelabfluss geprüft. Die Ermächtigungsüberträge wurden reduziert. Der Ansatz für Baumaßnahmen mit 11,8 Mio. Euro angesetzt. Dies ist eine Entwicklung in die richtige Richtung.

Insgesamt 36,5 Mio. Euro sind als investive Auszahlungen für den Hochbau im Finanzplanungszeitraum 2020 bis 2024 zzgl. Ermächtigungsüberträge eingeplant. Allein für das **Verwaltungsgebäudekonzept** sind 7,6 Mio. Euro vorgesehen. In Betracht gezogen werden muss die Abwicklung einzelner Baumaßnahmen innerhalb des Verwaltungsgebäudekonzeptes über Investoren. Die Anmietung von Verwaltungsflächen reduziert zwar den Investitionsbedarf bei gleichzeitiger Belastung durch die Mietaufwendungen im Ergebnishaushalt. Hier gilt es Wirtschaftlichkeitsvergleiche anzustellen. Entsprechend sind die Zahlen dann in den Haushaltsjahren anzupassen. Für die Sanierung des **Kornhauses** sind bis 2024 7,5 Mio. Euro angesetzt. Allein für notwendige Instandhaltungsmaßnahmen sind 3 Mio. Euro notwendig. Für die Erweiterung des **Eichwiesen-Kindergartens** in Lindorf und des **Käppele-Kindergartens** in Jesingen werden jeweils 550.000 Euro bereitgestellt. Mit den beiden Maßnahmen soll schnellstmöglich auf die wachsende Kinderzahl reagiert werden. Damit sind die Überlegungen für ein Bildungshaus vorerst auf Eis gelegt. Eine Lösung im **Halden-Kindergarten** wird im Moment bearbeitet. Im

Haushaltsplanverfahren werden diesbezüglich weitere Mittel beantragt werden. Die Sanierung der **NWT-Räume an der Alleenschule** sowie des **LUG's** und des **Schlossgymnasiums** sind entsprechend der personellen Leistbarkeit 2020 bis 2022 vorgesehen. Begonnen werden soll mit der Alleenschule. Hier sieht die Verwaltung den dringenden pädagogischen Bedarf. Eine weitere Großfinanzierung stellt die **Generalsanierung des TZ** dar. 4,3 Mio. Euro werden in den Jahren 2020 bis 2023 bereitgestellt. Für den **Kindergartenneubau in Nabern** sind 3,1 Mio. Euro veranschlagt. Für den Brandschutz und die Dach- und Duschanierung der **Eduard-Mörrike-Sporthalle** über den Zeitraum 2020 bis 2022 insgesamt 1,5 Mio. Euro. Für die Sanierung **des Wachhauses** ist im kommenden Jahr eine Planungsrate von 200.000 Euro vorgesehen. Die Verwaltung greift damit die Diskussion um Verkauf oder Sanierung des Wachhauses auf. Dies geschieht in Kenntnis der Bedeutung dieses Gebäudes für das Stadtbild. Auf der anderen Seite trägt ein Eigentumserhalt zu einer weiteren Verschärfung des Finanzmittelbedarfs im Ergebnishaushalt in den künftigen Haushaltsjahren bei.

Bei der Bereitstellung der Mittel ins jeweilige Haushaltsjahr wurde die personelle Leistungsfähigkeit herangezogen.

Im Bereich **Grünflächen und Gewässer** werden im Finanzplanungszeitraum rund 8,1 Mio. Euro investive Auszahlungen zzgl. Ermächtigungsüberträge vorgesehen. Dies betrifft **Maßnahmen an Gewässern**, die **Sanierung des Rasenplatzes** und der **Laufbahn am Kirchheimer Stadion** mit 1,6 Mio. Euro sowie **Baumstandorte** am Milcherberg mit rund 300.000 Euro.

Im **Tiefbau** werden im Finanzplanungszeitraum rund 36,8 Mio. Euro an investiven Auszahlungen zzgl. Ermächtigungsüberträge bereitgestellt. Zum ersten Mal zieht damit der Tiefbau mit dem Hochbau gleich. Dies sind insbesondere die Erschließungskosten für das **Gewerbegebiet „In der Au“** und den **Güterbahnhof**. Den Ausbau des **Breitbandnetzes** mit 3,8 Mio. Euro bis 2024. Dem stehen 2,3 Mio. Euro an Zuschuss entgegen. Inliner-Maßnahmen **der Kanalisation** mit 3 Mio. Euro bis 2024, Sanierung der **Schöllkopfstraße**, des **Bulkeswegs**, Sanierung der

Brücken, Überdachung und Barrierefreiheit der Bushaltestellen, Investitionen in Straßenbeleuchtung, Fahrradabstellplätze, 560.000 Euro in die ÖPNV-Förderung mit der Busbeschleunigung und jährlich 40.000 Euro für Maßnahmen der Radwegekonzeption.

Die Verwaltung legt mit dem Haushaltsentwurf Möglichkeiten zur Finanzierung eines neuen Hallenbades vor. 2030 läuft die Kooperationsvereinbarung zur Nutzung des Dettinger **Hallenbades** mit Dettingen aus. Mit der Planung eines Hallenbadneubaus ist ab 2024 zu beginnen. Im Entwurf ist daher die Weiterführung des bis Mitte 2021 gewährten Darlehens an die EnKi GmbH & Co. KG in Höhe von 8 Mio. über den Finanzplanzeitraum hinaus eingeplant. Hinzu kommt die Gewährung eines Trägerdarlehens in Höhe von 2 Mio. Euro an die Stadtwerke. Durch die Gewährung von Darlehen kann der Kernhaushalt trotz anhaltender Niedrig- bzw. Negativzinsphase Zinserträge erwirtschaften. Darüber hinaus ist der Erwerb eines Bausparvertrages in Höhe von 2 Mio. Euro bei einer Bausparsumme von 5 Mio. Euro für 2020 eingeplant. Unter Einberechnung des Bauspardarlehens können damit Stand 2019 15 Mio. Euro bereitgestellt werden. Die Betonung liegt auf „Stand heute“. Sollte eine wesentliche Verschlechterung der finanziellen Lage der Stadt eintreten, müsste aus finanzwirtschaftlichen Gründen das Geld zur Erfüllung der Pflichtaufgaben herangezogen werden. Für mich ein weiterer Grund stets die Beziehung von Betriebsergebnis und Steuerkraft im Auge zu haben.

Der Betrieb eines Hallenbades ist ein dauerhaft defizitäres Geschäftsfeld. Wie die Finanzierung des laufenden Betriebs des Hallenbades erfolgt, ist in den kommenden Jahren unter Beachtung der Entwicklung des Ergebnishaushaltes zu prüfen.

Aktuell laufen die **Sanierungsgebiete Max-Eyth-Straße, die Ortsmitte Ötlingen und der Dettinger Weg**. Schwerpunkte der Straßenbaumaßnahmen in Ötlingen sind in 2020 und 2021 sowie 2022 vorgesehen. Für diese drei Jahre sind 2,35 Mio. Euro eingestellt. Der Zuschuss für die Baumaßnahmen beläuft sich auf 1,4 Mio. Euro. Für die Sanierung des **Bulkeswegs** sind von 2020 bis 2022 insgesamt 1,65 Euro bereitgestellt. Der Zuschuss beläuft sich auf 990.000 Euro.

Mit dem Wirtschaftsministerium und dem Regierungspräsidium sollten Gespräche im Herbst geführt werden. Dabei hat die Verwaltung ein Sanierungsgebiet im nördlich an die Alleenstraße angrenzenden Bereich (zwischen Plochinger Straße und Herdfeldstraße bis zum Freihof) vorgesehen. Ebenfalls ein Sanierungsgebiet in Nabern. Aus Stuttgart erhielten wir den Hinweis, dass frühestens nach Ostern 2020 Gespräche geführt werden können. Die Verwaltung wird dies mit Nachdruck weiterverfolgen.

Die Ansätze für Ein- und Auszahlungen beim **Grundstücksverkehr** spiegeln die rege Bautätigkeit in unserer Stadt wieder. Im Steingauquartier sind für 2020 und 2021 Grundstückserlöse von insgesamt 5,3 Mio. Euro veranschlagt. Im Gewerbegebiet Hegelsberg sind 5,2 Mio. und im Kruichling 1,2 Mio. Euro Erlöse eingeplant. 2021 die Veräußerung des Gebäudes Kornstraße 4, ebenso die Veräußerung des Grundstücks Haldenschule und der Verkauf von Flächen im Bereich Schafhof 4. Insgesamt 4,2 Mio. Euro. 2022 und 2023 ist die Veräußerung von Bauflächen im Bereich Güterbahnhof mit 7,2 Mio. Euro veranschlagt. 2022 und 2023 der Verkauf von Bauflächen Güterbahnhof Ötlingen von jeweils 2 Mio. Euro. 2023 und 2024 Grundstückeerlöse im Gewerbegebiet „In der Au“ mit jeweils 1,5 Mio. Euro.

Fazit des Haushaltes 2020/2021: Wir können stolz darauf sein, in guten Zeiten die gute Ergebnissrücklage gefüllt zu haben, gemeinsam mit der Schuldenfreiheit im Kernhaushalt stehen wir gut dar. Nach Feststellung des Regierungspräsidiums Stuttgart sind wir eine der wenigen Großen Kreisstädte, die schuldenfrei sind. Die Ergebnissrücklage beträgt Ende 2019 rund 56 Mio. Euro. Wir haben ein enormes Bauprogramm mit über 100 Mio. Euro und tragen damit zur Konjunkturstabilisierung bei. Gleichzeitig haben wir ein strategisches Steuersystem angestoßen, das wenige Städte vorweisen können. Der Prozess muss allerdings noch weiterentwickelt werden, um am Ende mit klarer Prioritätssetzung zu steuern. Dabei haben wir die Aufgabe, ständig Qualität und Standards zu hinterfragen. Die Aufwandseite bedarf bei steigenden Ansprüchen künftig einer klaren Begrenzung. 2020 blicken wir gespannt auf den Haushaltserlass!

Erstmals legen die **Stadtwerke** den Wirtschaftsplan in erweiterter Form vor. Neben den gesetzlich erforderlichen Vorgaben sind auch steuerungsrelevante Inhalte beschrieben. Durch die Betriebssatzung hat der Gemeinderat den Stadtwerken einen größeren Handlungsspielraum eingeräumt. Klare Regelung dabei: Der Gemeinderat gibt die strategischen Ziele vor und steuert anhand verschiedener Instrumente. Ein Instrument ist der Wirtschaftsplan. Ziel ist, die Entwicklung der Stadtwerke hin zu einem **integrierten Stadtwerk**, das die Versorgung der Bürger mit Wasser und Energie sicherstellt.

Gesamtschwerpunkt für die nächsten beiden Jahre ist der **Aufbau des Stromvertriebs** mit den dazu entwickelten Produkten und Strukturen. Ziel ist neben dem positiven finanziellen Effekt eines **steuerlichen Querverbundes** zwischen allen Betriebszweigen ein regionales Stromangebot zu schaffen, mit dem Ziel, regional erzeugten Strom auch regional zu vermarkten. Das Angebot wird neben dem regional erzeugten Ökostrom auch Graustrom umfassen.

Bei den baulichen Tätigkeiten liegen die Schwerpunkte in der Planung und Umsetzung des neuen **Verwaltungsgebäudes der Stadtwerke** mit einer derzeit im Wirtschaftsplan veranschlagten Gesamtsumme von 2,8 Mio. Euro. Der Gemeinderat hat den Grundsatzbeschluss am 15.05. gefasst. Der Vorentwurf wird in der November-Sitzung vorgestellt. Ferner betreiben die Stadtwerke das Freibad und stellen den Unterhalt der beiden Tiefgaragen Schweinemarkt und Krautmarkt sicher. Der Betrieb der Tiefgaragen soll mit Beginn des Jahres 2020 ebenfalls bei den Stadtwerken erfolgen. Dazu ist die für den Betrieb zuständige Parkhaus GmbH aufzulösen, das Personal in die Stadtwerke zu integrieren. Die Sitzungsvorlage wird ebenfalls im November eingebracht.

Im Freibad soll das alte Kinderplanschbecken abgebrochen und durch eine Neuanlage des **Kleinkindbeckens mit Wasserspielplatz** nach der Badesaison 2020 ersetzt werden. Hierzu wurde ein umfangreicher Bürgerbeteiligungsprozess gestartet. Eine Arbeitsgruppe aus Kindergartenbeiräten, Bürgern, Architekten und

den Stadtwerken gebildet. Das Ergebnis des Prozesses und der daraus resultierende Vorentwurf wird ebenfalls im November dem Gremium vorgestellt. Für die Maßnahme sind im Wirtschaftsplanentwurf 1,3 Mio. Euro vorgesehen. Ein Blockheizkraftwerk zur Beheizung des Badewassers und die dazugehörige Stromerzeugung soll ebenfalls realisiert werden. Für 2024 ist eine erste Planungsrate für den **Neubau des Hallenbades** in Höhe von 100.000 Euro veranschlagt.

Im Betriebszweig **Wasserversorgung** liegt der Schwerpunkt auf der Sanierung und dem Neubau von Wasserleitungen im Zuge von Straßenbau- und neuen Erschließungsmaßnahmen durch die Stadt. Durch direkte Einflussnahme der Stadtwerke auf den Wirtschaftsplan der Energie Kirchheim als Eigentümer des Gas- und Stromnetzes werden die Arbeiten im öffentlichen Raum besser koordiniert und abgesprochen. Im Wirtschaftsplan sind ebenfalls jährliche Mittelansätze zur Umstellung von mechanischen auf elektronische Wasserzähler eingestellt, die den Wasserverbrauch wesentlich genauer erfassen, die Rohnetzanalyse unterstützen und die Verbrauchsabrechnungen vereinfachen werden. Für die Wasserversorgung sind insgesamt im Jahre 2020 1,9 Mio. Euro, für das Jahr 2021 2 Mio. Euro eingeplant.

Im Bereich Strom und Wärme sind neben dem Aufbau des Stromvertriebes in den nächsten Jahren bei fast allen städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen Mittelansätze für **Nahwärmenetze** vorgesehen. So beim Güterbahnhof, Berg-Ost, Linde-Areal und Güterbahnhof Ötlingen. Die Umsetzung der Maßnahmen ist immer in Abhängigkeit der städtischen Maßnahmen und einer Gesamtwirtschaftlichkeitsbetrachtung aufgrund der politischen Rahmenbedingungen auf Landes- und Bundesebene zu sehen. Darüber hinaus sind **PV-Anlagen** für die neue Eduard-Mörike-Halle und den Baubetriebshof geplant. Neben dem Einstieg in den Stromvertrieb leisten die Stadtwerke auch damit einen Beitrag zur Energiewende.

Im Bereich der **Parkierung** sind als wesentliche Investitionen die Modernisierung des Kassensystems auch im Zusammenhang mit der Einführung **des Teckschlüssels** in

Höhe von 350.000 Euro vorgesehen. Die Sanierung der beiden Tiefgaragen in den letzten Jahren ist abgeschlossen. 2020 wird noch in der Tiefgarage Schweinemarkt die Beleuchtung auf **LED** umgerüstet. Dies ist in der Tiefgarage Krautmarkt bereits 2016 erfolgt.

Im Bereich der Beteiligungen werden die Stadtwerke im November rückwirkend auf den 01.01.2019 der EnBW Windpark Waldhausen GmbH als Gesellschafter beitreten. Eine weitere Beteiligung haben die Stadtwerke bei der **Energie Kirchheim unter Teck GmbH & Co. KG**. Diese wird auch in den nächsten Jahren Gewinne im sechsstelligen Bereich erwirtschaften. Für weitere Beteiligungen wird der Markt beobachtet.

Die Finanzdaten der Stadtwerke entwickeln sich wie folgt:

1. Sowohl Bilanzsumme, als auch Anlagevermögen steigen im Planzeitraum an. Haupttreiber ist vor allem der Betriebszweig Strom und Wärme der im Moment aufgebaut wird.
2. Aufgrund der geplanten Investitionen in allen Betriebszweigen steigt die Verschuldung in den nächsten Jahren an. Zum Basisjahr 2018 verdoppelt sich die Verschuldung im Planungszeitraum nahezu.
3. Die Mindesteigenkapitalquote beträgt 30 %. Mit Gemeinderatsbeschluss wurde sie auf 35 % festgelegt. Die Quote reduziert sich im Planungszeitraum. Dies hängt mit Anstieg der Verschuldung zusammen. Gleichzeitig wird deutlich, die Stadtwerke verfügen trotz aller geplanter Investitionen über eine solide Eigenkapitalbasis. Das Eigenkapital wächst aufgrund der stetigen Gewinne aus dem überwiegenden Teil der Betriebszweige an und relativiert somit den Anstieg der Verschuldung teilweise.
4. Diese Folie zeigt die Gewinne aus der Vergangenheit und die Gewinnerwartung im Planungszeitraum je Betriebszweig auf. Sehr deutlich sieht man die Entwicklung des dauerdefizitären Bäderbetriebs, der eine dauerhafte Kapitalzuführung in Höhe des Jahresverlustes durch die Stadt erforderlich macht. Die Tiefgaragen werden Gewinne erwirtschaften. Die

Sanierungskosten der Vergangenheit waren sehr hoch und wurden durch die Stadtwerke getragen. Aus der Zeit der Sanierungen stehen immer noch sehr hohe Verlussterträge den Moderatengewinnen gegenüber.

An dieser Stelle bedanke ich mich herzlich bei allen Kolleginnen und Kollegen, die engagiert und mit viel Hochdruck an der Aufstellung des nun vorliegenden Doppelhaushaltsplanes mitgewirkt haben. Der Prozess zur Aufstellung des Doppelhaushaltes hat in der Verwaltung bereits nach der März-Klausurtagung begonnen und die Gesamtverwaltung in den vergangenen Monaten sehr stark beansprucht. Namentlich hervorheben möchte ich Stadtkämmerer Fabian Kaiser mit seinem Stellvertreter Marcel Helber sowie Sophia Staudenmaier, Leiterin der Stabsstelle Controlling und Berichtswesen. Mit der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung des verwaltungsinternen Haushaltsaufstellungsprozesses wurden hier wieder hervorragende Grundlagen geschaffen.

Ein Dank auch an die Stadtwerke mit Herrn Zimmert und Frau Naasz für den erstmals vorgelegten erweiterten Wirtschaftsplan und deren großes Engagement in der Weiterentwicklung unserer Stadtwerke.

Ich hoffe auf eine gute Zusammenarbeit mit einem neu gewählten Gremium und wünsche uns gute und zielführende Beratungen.